

Ein Interview mit Katrin Langensiepen in der *taz* brachte den Werkstattrat der Ulrichswerkstätte Aichach in Rage. Frau Langensiepen ist die sozialpolitische Sprecherin der Grünen im Europaparlament. In diesem Interview antwortet sie auf die Frage, ob sie die Werkstätten abschaffen würde: „Ich würde sie gerne endlich auslaufen lassen.“ Der Werkstattrat entschloss sich einen Brief an Frau Langensiepen zu schreiben. Trotz mehrmaliger Nachfrage erhielt der Werkstattrat auf sein Schreiben keine Antwort. Nachdem im Newsletter von 53° NORD Mitte August der Beitrag „Vorrang für Wahlfreiheit“ erschien, wandte sich der Werkstattrat an uns, die Redaktion, schickten uns ihren Brief an die Abgeordnete zu und beklagten das Ausbleiben einer Antwort. Auf unsere Nachfrage im Brüsseler Büro von Frau Langensiepen kam dann sehr schnell eine Reaktion, die Sie hier lesen können.

Sehr geehrter Herr Basener,

herzlichen Dank für die Weiterleitung.

Aufgrund der exponierten Position als Europaabgeordnete, die sich aktiv für ein inklusives Wirtschaftssystem einsetzt, erhält Frau Langensiepen zahlreiche Zuschriften. Die Zuschriften sind sehr unterschiedlich von Menschen mit und ohne Behinderung, aus den Werkstätten und auch von Personen, die aus den Werkstätten heraus auf dem offenen Arbeitsmarkt tätig sind. Leider können wir hier nur schrittweise antworten. Da sich gerade aus Deutschland von Seiten einiger Werkstätten die Sorgen und Fragen ähneln, planen wir dazu zurzeit noch einen gemeinsamen Termin im Herbst, um das Thema zu diskutieren. Der Austausch ist Frau Langensiepen sehr wichtig.

Für ihren *Bericht zur Umsetzung der UN-CRPD in den Bereichen Beruf und Beschäftigung* (Quelle 1) hat Frau Langensiepen bereits mit zahlreichen Menschen mit Behinderung, Selbstorganisationen und staatlichen Institutionen gesprochen und ist regelmäßig in verschiedenen Werkstätten zu Besuch. In diesem Bericht fordert Sie unter anderem auch den Mindestlohn für Menschen in Behindertenwerkstätten.

Ihr Ziel ist es europaweit darüber in den Austausch zu kommen, wie die *UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen* europaweit umgesetzt werden kann. Was bedeutet es, wenn, wie von der UN gefordert (siehe Quelle 3, S. 12), das deutsche Werkstattssystem schrittweise abgeschafft wird? Die Frage ist nicht das „ob“ sondern das „wie“.

Wie reformieren wir das aktuelle System und machen es rechtskonform? Wie schaffen wir es, dass Menschen mit Behinderungen, egal ob mit einer psychischen und physischen Behinderung, nicht abgeschottet, sondern mit Menschen ohne Behinderungen zusammenarbeiten, gerecht entlohnt und arbeitsrechtlich vertreten werden? Welche Arbeitsbedingungen und Unterstützungsmöglichkeiten müssen geschaffen werden oder erhalten bleiben, damit dies gelingt?

Es ist an der Zeit, dass Werkstattssystem im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention weiterzuentwickeln. Wir möchten erreichen, dass die gesamte Gesellschaft sichtbar vielfältiger wird. In Deutschland sind seit Jahrzehnten die Werkstätten in gewisser Weise sehr erfolgreich in ihrer Arbeit. Darin liegt leider mittlerweile aber auch das Problem. Viele Werkstätten sind derart komplex und vielschichtig, dass der UN-Staatenbericht zu dem Ergebnis kam, dass diese "Sonderwelten" Inklusion verhindern. Konkret sieht es häufig so aus, dass große Werkstätten Wohnheime, Tagesförderung und Arbeitsbereiche aus einer Hand anbieten, gerne auch noch den Fahrservice zwischen den einzelnen Orten und seit einigen Jahren auch die "Unabhängige Teilhabeberatung". Einerseits klingt das effizient, andererseits hat das ein Monopol geschaffen, durch das z.B. das Budget für Arbeit häufig ohne Werkstattanbindung (obwohl das Gesetz es unabhängig vorsieht) nicht eingesetzt wird. Auch kommen die Werkstätten nicht ihrem Auftrag nach, Menschen für den offenen Arbeitsmarkt weiter zu qualifizieren. Weniger als 1% schaffen den Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt. Das ist auch ein Problem deutscher Sozialgesetzgebung. Auch für den Übergang Schule/Beruf sind Berater\*innen der Jobcenter/Agentur für Arbeit oft nicht ausreichend informiert über Alternativen jenseits der Werkstätten. Und das "Erfolgsmodell" Werkstatt lässt auch vorhandene Alternativideen wie Inklusionsunternehmen oder andere spezialisierte Sozialunternehmen nur sehr langsam wachsen im EU-Vergleich (Quelle 5).

Diese Form der Segregation muss schleunigst überwunden werden und dabei ist sicherzustellen, dass die besonderen sozialen Schutzmaßnahmen (Erwerbsminderungsrente, Beschäftigungsschutz, Assistenz, etc.), die derzeit an die Werkstätten gebunden sind, erhalten bleiben. Dafür brauchen wir einen Ausstiegsplan, der gemeinsam ausgearbeitet werden muss - mit Menschen mit Behinderungen, den Werkstätten, Angehörigen, Beratungs- und Assistenzkräften, Unternehmen, Politiker\*innen und Expert\*innen.

1) <https://www.katrin-langensiepen.eu/de/article/147.europaesches-parlament-debattiert-ueber-inklusionsmassnahmen-fuer-den-arbeitsmarkt.html>

2) <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/das-institut/abteilungen/monitoring-stelle-unbehindertenrechtskonvention/staatenberichtsverfahren>

3) [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Weitere\\_Publikationen/CRPD\\_Abschliessen\\_de\\_Bemerkungen\\_ueber\\_den\\_ersten\\_Staatenbericht\\_Deutschlands.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Weitere_Publikationen/CRPD_Abschliessen_de_Bemerkungen_ueber_den_ersten_Staatenbericht_Deutschlands.pdf)

4) Greving, Heinrich/Scheibner, Ulrich (Hg.): Werkstätten für behinderte Menschen. Sonderwelt und Subkultur behindern Inklusion. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 2021.

5) <https://youtu.be/mYgCBRfHOvE>

6) <https://www.eucie.org/de/startseite/>; <https://bag-if.de>

Schöne Grüße,

**Büro Katrin Langensiepen**  
**Greens/EFA group in the European Parliament**

Joana Bosse (Presse & Kommunikation)

Newsletter 53° NORD September 2021